

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 52. Jahrgang

AZB 3001 Bern / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Nr. 9/10 2017

Démocrate  Suisse
Page 7

National, umweltbewusst und sozial



lic. iur.
Christoph
Spiess,
e. Gemeinderat,
Co-Zentral-
präsident,
Zürich

Fühlen Sie sich als «Europäer(in)»? Wohl kaum, denn ein Volk dieses Namens gibt es nicht. «Europa» ist nicht mehr als ein geografischer Grossraum. Das genügt nicht als Basis für ein gemeinsames Staatswesen. Frankreichs und Deutschlands Politiker wünschen sich noch am ehesten so ein Gross-Europa – weil sie hoffen, **innerhalb dieses Megastaates die erste Geige spielen zu können.** Mit den kleineren EU-Ländern im «Rucksack» möchten sie dann Grossmacht spielen und mit Weltmächten wie den USA und China um die globale Vorherrschaft wetteifern – oder

POSTCODE

AZB 3001 Bern

wohl eher ringen. **Damit ist auch schon klar, dass die EU alles andere als ein «Friedensprojekt» ist. Sie setzt Europas Völker im Gegenteil einem hohen Risiko aus, in zukünftige kriegerische Auseinandersetzungen zwischen den grössten Machtblöcken der Welt hineingezogen zu werden.** In Ländern wie Italien oder

Spanien findet man die EU nützlich, weil man dank ihr viele Lasten auf den «reichen Norden» abwälzen kann. Die Osteuropäer versprechen sich von der EU nur Subventionen, freien Zugang zu gut bezahlten Jobs im Westen und vielleicht noch etwas Schutz vor Putins Machtgelüsten. Derweil arbeitet in Brüssel eine

abgehobene Kaste von «Berufseuropäern»

daran, die Völker Europas mit immer noch mehr Zentralismus unter ihre Fuchtel zu zwingen. Heerscharen ebenso überbezahlter wie überflüssiger EU-Beamter müssen ihr Dasein irgendwie rechtfertigen und produzieren unablässig neue Vorschriften. **Sie reglementieren alles bis ins Detail und nehmen damit Europas Völkern die Luft zum Atmen. Wen wundert es da noch, dass der Widerstand gegen diesen zentralistischen Moloch immer mächtiger wird?** Auf diesem Kontinent gibt es eine kunterbunte Vielfalt von 50 oder mehr Sprachen, Kulturen und Mentalitäten, und dabei soll es bleiben. Gemeinsam haben alle diese Völker immerhin etwas:

Ganz Europa ist weiss und christlich geprägt

...oder war das mindestens bis ahin. **Jetzt ist es einem enormen Migrationsdruck aus Schwarzafrika und dem arabischen Raum ausgesetzt.** Doch gerade gegen diese existenzielle Bedrohung unternehmen die EU und die «Eliten» ihrer Mitgliedstaaten (mit der löblichen Ausnahme der Visegrad-Länder) wenig bis gar nichts. Stattdessen schimpft eine seltsame Allianz von Politikern, Journalisten, Kultur-



In der ganzen EU wächst der Widerstand gegen internationalen Zentralismus. Man will wieder einen starken und möglichst souveränen Nationalstaat.

Weihnachtsspende – Fünfliber oder Note

Es gibt viel zu tun, aber damit wir es auch anpacken können, braucht es in der heutigen Zeit viel Geld. Ohne Ihre Unterstützung sind wir nicht in der Lage, unseren politischen Einsatz für die Heimat fortzusetzen. Wir bitten Sie deshalb höflich, zur Adventszeit auch an die Schweizer Demokraten zu denken und uns einen finanziellen Zustupf zukommen zu lassen. Unsere Zeitung liefert Ihnen dafür weiterhin Informationen und Ideen, die anderswo unterdrückt werden. Herzlichen Dank für Ihre wertvolle Mithilfe!

Christoph Spiess, Co-Zentralpräsident
Adrian Pulver, Zentralsekretär

«Schaffenden», Pfarrern und allerlei NGO-Weltverbessern vereint mit den wachstums- und profitgierigen Managern multinationaler Konzerne lauthals über alle, **die sich gegen die afro-arabische Invasion wehren.** Das sei «völkisch», «Populismus» oder gar «Rassismus». Ja und? **Die Afrikaner haben die weissen Kolonialisten von ihrem Kontinent verjagt und halten**

sie weiterhin fern, weil sie finden, das sei ihr Lebensraum. Das war und ist ihr gutes Recht. Genauso haben aber auch wir in Europa das uneingeschränkte

Recht auf Selbsterhaltung

unserer Völker und Bewahrung unserer Identität, und die ist nur

Fortsetzung Seite 2

Am 25. November 2017 findet im Restaurant «Dietiker» in Suhr die nächste schweizerische Mitgliederversammlung statt. Im Anschluss an die Versammlung hören Sie ein Referat über die Vollgeld-Initiative.

National, unweltbewusst und sozial

Fortsetzung von Seite 1

möglich, wenn die **Zuwanderung von fremden Kontinenten endlich gestoppt wird**. Erfreulicherweise setzt sich nun in ganz Europa die Einsicht durch, dass dies nötig ist und ein Nebeneinander souveräner Völker besser ist als ein zentralistischer EU-Riesenstaat.

Politiker wie «Mutti» Angela Merkel und Emmanuel Macron repräsentieren nicht die Zukunft, sondern führen die letzten Rückzugsgefechte für das lebensfremde Weltbild der Internationalisten.

Im Hinblick auf die kommende Wende hin zu einer heute noch als «völkisch» und dergleichen verteuflerten, aber absolut legitimen, energisch für den Fortbestand der europäischen Völker eintretenden Politik stellt sich die Frage einer

grenzübergreifenden Zusammenarbeit der Nationalisten

Diesem auf den ersten Blick vielversprechenden Gedanken stehen grundlegende Schwierigkeiten entgegen.

Die nationalistischen Parteien Europas sind entsprechend der Vielfalt von Völkern, Mentalitäten und politischen Systemen von ganz unterschiedlicher Prägung.



Für Angela Merkel und Emmanuel Macron (Bild) geht es hauptsächlich um Karriere und Machterweiterung.

Da gibt es Kräfte, die stark wirtschaftsliberal ausgerichtet sind, während andere für soziale Sicherheit (für Einheimische natürlich) eintreten. Es gibt (etwa in Dänemark und Norwegen) Parteien, die aus Steuerprotestbewegungen entstanden sind, stark religiös orientierte Gruppierungen (wie in Polen) oder solche, die (wie die Lega Nord in Italien) separatistisch motiviert sind. Daneben existieren Kräfte, die offensichtlich Mühe haben, sich von faschistischen Ideen abzugrenzen oder sich gar ziemlich unverhüllt für ein entsprechendes (antidemokratisches) Staatsmodell aussprechen. Insbesondere in Osteuropa stehen einer Zusammenarbeit ausserdem unbewältigte Grenzkonflikte im Weg. Ein über den nationalen Selbsterhaltungswillen hinausreichender gemeinsamer Nenner ist nicht auszumachen, **aber auch entbehrlich, denn mit dem Niedergang**

der EU fällt auch die politische Entscheidungsebene weg, auf welcher er nötig wäre. Damit ist klar, dass wir Schweizer Demokraten

unseren eigenen Weg in der Tradition der NA gehen

sollen. Schon im ersten politischen Programm der Nationalen Aktion von 1964 war der Schutz von Natur und Landschaft von zentraler Bedeutung. **Der landwirtschaftlich nutzbare Boden ist unsere Lebensgrundlage und muss radikal geschützt werden.**

Die andauernde Aufblähung der Wirtschaft bringt uns Schweizern keinen zusätzlichen Wohlstand, sondern nur Übervölkerung, Enge und Identitätsverlust.

Weil unser Boden nicht ausreicht, um so viele Menschen zu ernäh-

ren, werden wir abhängig und erpressbar. **Offene Grenzen führen zu Lohndruck und lassen die Wohnmieten steigen.** Die Mächtigen und Besitzenden wollen das so, und die Politiker helfen ihnen dabei, weil sie für ihre Wahlkämpfe Geld brauchen. Die «kleinen Leute», namentlich die Mieter und einfachen Arbeitnehmer, sind dabei die Leidtragenden. Unser Ziel muss sein, dass wir Schweizer Demokraten

wieder zur tragenden Kraft des nationalen Widerstandes werden!

Es nützt nichts, der SVP nachzulaufen. Von deren Politikern meinen es manche durchaus ernst mit dem Kampf für die Unabhängigkeit und gegen Übervölkerung und Überfremdung.

Doch für die Chefetage der SVP ist das nationale Denken nur ein Mittel zum Stimmenfang. Im Vordergrund stehen für sie die wirtschaftlichen Interessen der «oberen Zehntausend».

Darum ist ihre Politik auch ganz klar arbeitnehmer- und mieterfeindlich. Sie will keinen wirksamen Schutz von Natur und Landschaft. Das kann nicht unser Weg sein. **Wir bleiben auf der Linie, welche die NA schon vor 50 Jahren verfolgte: national, umweltbewusst und sozial!**

Ich wünsche Ihnen eine frohe Advents- und Weihnachtszeit.

Zunehmende europäische Hetze

Zunächst hiess es «Gericht verbietet Ausschaffung von deutschem Schläger» (ein Schweizer Gericht!). Ein Landesverweis verletze das EU-Abkommen über die Personenfreizügigkeit, sagen die Zürcher Richter. Die Schlussfolgerung auf diesen Satz lautet wie folgt: **Das EU-Abkommen ist ein Freipass für Gewalttäter sowie Zivilisationsverweigerer, und kann demnach auch als Verbrecher- und Schlägerfreizügigkeitsabkommen gehandelt werden!** Es ist ja auch eine ganz schlimme Strafe, wenn wir sagen, wir wollen keine Einwanderung beziehungsweise kein Gastrecht gewähren für Gewalttäter; mit der schlichten Anforderung, nach Hause zu gehen (zurück nach Deutschland – menschenrechtswidrig).

Das Obergericht «schützt» einen 27-jährigen Deutschen vor der Ausschaffung. Er wurde schon zweimal wegen Beteiligung an Schlägereien verurteilt.

Das Obergericht korrigiert damit einen Entscheid des Bezirksgerichts Winterthur. Dieses hatte aufgrund des 2016 verschärften Ausschaffungsgesetzes einen fünfjährigen Landesverweis gegen den Schläger ausgesprochen. Wir – das heisst unsere Justiz, und damit unser Rechtsstaat, machen uns total lächerlich; warum verhaftet man notorische Schläger und Gewalttäter jeglicher Art überhaupt noch und stellt sie vor Gericht?

Völkerrecht hebt Landesrecht aus

Im Bericht wird zudem erwähnt: «Das Freizügigkeitsabkommen hebt die vom Stimmvolk angenommene und vom Parlament umgesetzte Ausschaffungsinitiative -somit aus. Prinzipiell steht dieser Entscheid im Einklang mit der Haltung des Bundesgerichts. Schon 2012 hatte dieses grundsätzlich erklärt, **dass völkerrechtliche Verpflichtungen aus Staatsverträ-**

gen (die der Bundesrat abschliesst) Vorrang vor der Bundesverfassung geniessen.» – Das ist total verfassungswidrig. Das Bundesgericht ist ganz sicher am allerwenigsten legitimiert und dazu da, die eigenen Grundgesetze ausser Kraft zu setzen.

Allerdings ist diese Art von verrirter Gewaltentrennung in Europa ja nicht ganz neu. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts strotzt nur so von verlogenen Beispielen der sogenannten Rechtsstaatlichkeit, die ja unter anderem durch Gewaltentrennung entstehen und gesichert werden soll!

Unsere eigenen antidemokratischen und antirechtsstaatlichen Zirkel haschen gierig nach jedem hegemonistischen, ihnen wohl purpur erscheinenden Rockzipfel.

Der nächste Schritt wird dann, schön nach spanischem, historisch

noch immer verwurzelten Beispiel etwa wie folgt lauten: **Das Bundesgericht habe die Parlamentssitzungen in Zürich untersagt, oder gar unter Androhung von Polizeigewalt die Ständerats- und Nationalratssitzungen verboten.** Die nächste Variante lautet dann folgendermassen: Es soll ein Verbot von Volksabstimmungen beschlossen werden, weil der Bundesrat dummerweise einmal einen entsprechenden Vertrag mit der Bananenrepublik «Nordvietchinistan» abgeschlossen hat (Wir brauchen ja schliesslich Bananen!). «Völkerrechtliche Verpflichtungen» geniessen es also, **auf unserer direkten Demokratie, damit auf der Rechtsstaatlichkeit und unserer immerhin in der UNO-Charta gewünschten Selbstbestimmung der Völker – nicht der Regierungen (!) – aggressiv und respektlos herumzutreten.**

Zunehmende europäische Hetze*Fortsetzung von Seite 2***Fehlendes Selbstbewusstsein**

Wir haben immerhin noch selbst im verwirrt taumelnden System Vertreter, die dem neuen internationalistischen Wahn noch nicht verfallen sind. So hat die Zürcher Staatsanwaltschaft Berufung beim Bundesgericht eingereicht. Albert Einstein würde wieder einmal den Kopf schütteln müssen, denn er hat gesagt, die Probleme lassen sich nicht mit derselben Denkweise lösen, die sie verursacht haben. Das gibt ein juristisches Perpetuum Mobile.

Unter dem Titel «Völkerrecht bricht Landesrecht» schreibt doch tatsächlich der sonst nicht so austarierte Tages-Anzeiger einen Kommentar: «Unstimmigkeiten mit der EU aushalten. – Die Schweiz verhält sich oft wie eine oberkorrekte Musterschülerin (!), **welche die Zufriedenheit ihrer Ansprechpartner zur Maxime erklärt.** Das Urteil des Obergerichts veranschaulicht dies sehr gut. Das Verdikt ist klar: **Dieser Täter ist eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit, aber besser nicht wegweisen, denn das EU-Gericht tut es in ähnlich gelagerten Fällen meist nicht.**

Auch die Umsetzung (beziehungsweise Nicht-Umsetzung) der Masseneinwanderungsinitiative war ein Beispiel dafür, wie sehr die Schweiz bilaterale Differenzen scheut.

Sie sollte das Selbstbewusstsein haben, solche Differenzen auszuhalten. Und sie gegebenenfalls als Pfand einsetzen.»

Kritik an Selbstbestimmungsinitiative

Dem mangelnden Selbstbewusstsein (beziehungsweise dem devoten



Immer mehr beschneidet internationales Recht die schweizerische Gesetzgebung!

Defätismus des Bundesrates) entsprechend, **nimmt das aggressive Verhalten der neuen Figuren mit Unterwerfungs- und Eroberungsgelüsten in den rückständigen Gehirnen der EU zu!** Ein deutliches Beispiel dazu lesen wir im Tages-Anzeiger unter dem Titel «Schweiz – Nachrichten»: Der Europarat ist besorgt über die Volksinitiative der SVP (spielt es eine Rolle, wer beziehungsweise welche Partei eine Volksinitiative lanciert?).

Der Europarat hat sich besorgt über die Selbstbestimmungsinitiative der SVP geäußert (natürlich – es ist ein Zeichen der echten, direkten Demokratie und darin ein Pochen respektive demonstratives Festigen des Rechtsstaates, der eigenen Verfassung).

Regelmässiger Erhalt der Zeitung

Die Parteileitung informiert, dass Personen, welche jeweils anfangs Jahr keine separate Rechnung für das Jahresabonnement erhalten (der Einzahlungsschein in der Zeitung hat damit nichts zu tun), den «Schweizer Demokrat» zukünftig nicht mehr regelmässig zugestellt bekommen. Der regelmässige Erhalt der Zeitung wird Ihnen nur mit einem Jahresabonnement zugesichert.

Ansonsten freuen wir uns, Sie als neuen Jahresabonnenten zu begrüßen. Für Fragen jeglicher Art melden Sie sich unter Telefonnummer 031 974 20 10 oder per E-Mail an schweizer-demokraten@bluewin.ch (Zentralsekretariat).

Ihre SD-Parteileitung

Der Initiativtext riskiere, die Menschenrechte zu schwächen, indem das Schweizer Recht über internationale Abkommen gestellt werde. Wenn die Initiative von Volk und Ständen angenommen werde, könnte sie den Schutz der Menschenrechte in der Schweiz schwächen. Sie könnte zur Kündigung der Europäischen Menschenrechtskonvention führen, heisst es in einem am Dienstag in Strassburg veröffentlichten Bericht des Europarats.

Angriff auf Demokratie

Nils Muiznieks, der Menschenrechtskommissar, empfahl den Schweizer Behörden, einen Mechanismus (!) einzuführen, der die Vereinbarkeit zwischen den Volksinitiativen und internationalen Vereinbarungen über Menschenrechte überprüfe. Es sei wichtig, eine Lösung zu finden, mit der die demokratischen Werte von Volksinitiativen bewahrt und gleichzeitig der Schutz der Menschenrechte in der Schweiz gewährt bleibe.

Solche Menschenrechtskommissare scheinen keine Ahnung zu haben, was einen Rechtsstaat unter anderem auszeichnet – und Demokratie ist bei den Vorbildfiguren der europäischen Geschichte schon immer des Teufels gewesen.

Die Pioniere in Polen, die schon im 15. Jahrhundert ein Parlament – wenn auch von Adligen – über den König stellten und danach 1791 die modernste Verfassung

Europas in Kraft setzten, zogen damit den Hass der umliegenden Herrscher über Generationen hinweg auf sich, mit entsprechenden Überfällen und schliesslich, nach dem Wiener Kongress, mit der totalen Auflösung des Staates und Aufteilung der Gebiete an Preussen – Deutschland, Österreich und Russland. Danach kamen noch die Überfälle von Adolf Hitler und Josef Stalin, mit Zerstörung, Ermordungen, Unterwerfungen, Ausbeutungen usw. **Auch die Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Schweiz war beim Wiener Kongress ein Thema. Ausgerechnet im russischen Zar Alexander I. hatten wir einen starken Fürsprecher, wohl unter anderem dank seinem damaligen hochgeschätzten militärischen Berater, dem Schweizer General Antoine-Henri Jomini.**

Wie einst Peer Steinbrück

Kommissare wie Muiznieks werden es nie begreifen, **dass die Selbstbestimmung das primäre Menschenrecht ist, das erst die weiteren Schritte zu einem sicheren zivilisierten Leben ermöglicht.**

Der aggressive Ton erinnert an die Drohungen vom Deutschen Peer Steinbrück, der die Kavallerie zu den «Indianern» schicken wollte. Auch damals hatten wir keinen Bundesrat, der den primitiven Aggressionen des neuen Feindpotenzials gewachsen war.

Ich hätte den deutschen Botschafter einbestellen lassen, und ihm klargemacht, dass die Indianer Tierfreunde seien (wir haben nämlich nicht nur Menschenrechts- sondern sogar Tierschutzgesetz!), wir also die Pferde schonen, hingegen die Reiter skalpieren würden, und zwar effizient, sodass sich der Rauch der Überheblichkeit aus ihren Schädeln befreien müsse! Nun, Strassburg liegt ja in Frankreich. Wenn von dieser Seite offizielle Aggressionen und Erpressungs- sowie Einmischungsversuche kommen, müsste man den französischen Botschafter ins auswärtige Amt zitieren, inklusive den entsprechenden EU-Kommissar – oder -Leiter! **Können wir das unserem neuen Bundesrat Ignazio Cassis zutrauen? Oder braucht es Aktivitäten aus dem Volk?**

*Alexander Steinacher,
Thalwil*

Weit haben wir es gebracht

Seit Jahren ärgert sich der «Normal»-Bürger an der verschmutzten Reithalle in Bern als Zeichen linksextremer Willkür und Stützpunkt linker Chaoten. Mit Abscheu müssen wir Kenntnis nehmen von den gewalttätigen Aktionen des sogenannten «schwarzen Blocks», einer Vereinigung fanatisierter linker Jugendlicher. Unglaubliches passiert, indem auf Druck mohamedanischer «Gäste» Kruzifixe aus Schulstuben verschwinden, **Weihnachtsspiele nicht mehr aufgeführt und im Sinne der «politischen Correctness» unsere christlichen Traditionen nicht mehr gelebt werden dürfen** (siehe die überall fehlenden Bittgänge!).

Dem Fass den Boden ausgeschlagen hat das Verbot der Obwaldner Regierung und der «allerchristlichen» Gemeindebehörden von Kerns und Sachseln, den Gebetsmarsch «Bäte fürs Läbe» durchzuführen.



Immer wieder stören linksextreme Gruppierungen friedliche Kundgebungen oder attackieren die Polizei.

Die Begründung liegt in der Angst vor Gegendemonstrationen linksautonomer Gruppierungen.

Wer regiert eigentlich in unserem Lande?!

Geplant waren eine Gebetszeit in

St. Niklausen, ein Gebetsmarsch in die Ranftschlucht sowie ein überkonfessioneller Gottesdienst mit Erzbischof Jean-Claude Pèrisset als offiziellem Delegierten der Schweizerischen Bischofskonferenz. Das Ziel sollte ein Gebet für die unge-

borenen Menschen sein! **Für linke Kreise war dies Grund genug, um mit einer Gegendemonstration zu drohen. – Und die Behörden sind in die Knie gegangen.**

Da fragt man sich, wofür wir eine Polizei haben. Wo bleibt der Rechtsstaat? Und vor allem – wo bleibt der empörte Aufschrei der Massenmedien?

Hat der kulturelle Marxismus auch bei uns gesiegt, indem unsere Behörden nicht mehr den Mut haben, die linken Auswüchse zu sanktionieren?

Wir wissen, was unsere Aufgabe ist! Der Kampf gegen die Freiheitsbeschränkungen und für die christlichen Werte unserer Kultur!

*Valentin Oehen,
e. Nationalrat, Nottwil*

Flüchtlingsmisere – wie lange noch?

Wie sieht wohl die Zukunft unseres Landes aus, wenn der Zustrom von Flüchtlingen, das heisst von Leuten, die nicht zu uns passen, unvermindert weitergeht? Was geschieht, wenn illegale Einwanderer, teilweise mit falschen Angaben bezüglich Herkunft, Identität und Asylgrund, für den Rest ihres Lebens, oftmals samt den Familien, bei uns bleiben? Nicht selten verursachen diese Asylbewerber Sozialkosten, die höher sind, als das Einkommen eines Rentners, der jahrzehntelang brav seine Beiträge bezahlt hat. **Bedenklich ist auch die Tätigkeit von Hilfswerken, die – staatlich subventioniert – mit Schleppern zusammenarbeiten. Sie nehmen «Schiffbrüchige» auf und bringen sie nach Europa.**

Hilfswerke und Schlepper haben ein gemeinsames Interesse, nämlich unter Ausnutzung der Krise Gewinne zu machen.

Ein Geschäft zulasten der Bürger

Sind die «Flüchtlinge» in Europa

angekommen, ziehen die Hilfswerke alle Register der Demagogie. Diese «Gutmenschen» verhindern oder verzögern mit Hilfe von Einsprachen Abschiebungen. Sie pochen auf Menschenrechte. **Mit den Flüchtlingen importieren und finanzieren wir aber auch Krimina-**

lität. Das Mitleid der «Gutmenschen» gilt allerdings nur den Flüchtlingen, niemals aber den Opfern solcher Verbrechen. Hilfswerke machen geltend, es müsse vermehrt den Menschen vor Ort geholfen werden, damit sie nicht flüchten müssten.



Hilfswerke arbeiten mit Schleppern zusammen und fördern auf diese Weise die Migration von Wirtschaftsflichtlingen.

Afrika hat bis heute aus aller Welt Billionen an Entwicklungshilfegeldern erhalten. Ein Erfolg ist dabei kaum zu erkennen.

Soll man also noch mehr Entwicklungshilfe bezahlen, mit der kaum etwas Nützliches entwickelt wird? **Davon profitieren hauptsächlich die Hilfswerke, das heisst deren Mitarbeiter, in Form von Löhnen.** Der Flüchtlingsstrom wird dadurch keineswegs eingedämmt. Es wäre nun höchste Zeit, diesen Organisationen das Handwerk zu legen.

Folglich müssten alle entsprechenden internationalen Asylkonventionen gekündigt werden, je eher desto besser.

Auch wenn die Profiteure der gegenwärtigen Zustände (im Gegensatz zu den vom Flüchtlingswesen betroffenen Bürgern und Steuerzahlern) vehement protestieren.

*Otto Weiersmüller,
Uetikon*

Ein Abbau der Zölle in der Landwirtschaft benachteiligt Schweizer Bauern und fördert ausländische Produkte. Mit solchen Massnahmen ist die Ernährungssicherheit nicht möglich.

Chinesische Regierung verbietet Elfenbeinhandel

China, der weltweit grösste Importeur von Elfenbein, hat ein komplettes Elfenbeinhandelsverbot erlassen und schliesst bis Ende 2017 alle Geschäfte und Verkaufsstellen. **Es ist jedoch zu befürchten, dass der illegale Handel mit dem «weisen Gold» weitergeht.** Bei den Chinesen ist Elfenbein sehr begehrt, geschnitzte Elfenbeinstatuen und Buddha-Figuren sind traditionelle Prestige- und Luxusobjekte. Auch gilt Elfenbeinpulver in Asien leider immer noch als Potenzmittel.

Auf dem afrikanischen Kontinent lebten im Jahr 1900 noch 10 Millionen Elefanten, 1946 waren es noch 5 Millionen, 1979 noch 600'000 und heute gerade einmal 350'000!



Es wird schwierig sein, den illegalen Elfenbeinhandel vollumfänglich einzudämmen.

Das Geschäft mit der Wilderei blüht. International organisierte kriminelle Banden benutzen Helikopter zum Aufspüren der Elefanten. Ohne jegliche Skrupel erschiessen sie mit ihren automatischen Maschinengewehren ganze Herden samt den Jungen, um die Stosszähne ungestört abhacken zu können. Behörden und Frachtunternehmer werden mit Millionen von Dollars bestochen und die erbeuteten Stosszähne schmuggelt man versteckt in Containern nach Europa und Asien. **Elefantenmord ist ein sehr profitables Geschäft! Dies alles geschieht, obwohl das Washingtoner Artenschutzübereinkommen schon im Jahr 1989 ein absolutes internationales Handelsverbot für Elfenbein beschloss. Trotzdem werden jährlich 20'000 bis 30'000 Elefanten Opfer von Wilderern.**

Wenn diese Massaker so weitergehen, wären die afrikanischen Elefanten in freier Wildbahn in 15 bis 20 Jahren ausgerottet!

EU verweigert griffige Massnahmen

Laut WWF gehören Wilderei und Schmuggel zu den fünf einträglichsten Sparten der internationalen Kriminalität, nebst dem Handel mit Menschen, Waffen, Drogen und gefälschten Markenprodukten. Im Oktober 2016 forderte die internationale Artenschutzkonferenz (CITES) alle Länder zur Schliessung ihrer nationalen Elfenbeinmärkte auf. **Die USA, Hongkong und China wollen nun dieses Verbot umsetzen, um die Elefanten zu retten, was aber sehr schwierig sein wird.**

Die EU als Hauptexporteur will nur den Handel mit Stosszähnen und unverarbeitetem Elfenbein verbieten. Jedoch sollen alle Elfenbeinprodukte, die vor 1990 eingeführt wurden, auch antikes Elfenbein, weiterhin verkauft werden dürfen.

Der Handel auf entsprechenden Märkten und Auktionen sowie in Antiquitätengeschäften und über das Internet wird weiter florieren. Einige EU-Firmen haben sich spezialisiert für den Exporthandel von Elfenbein, das angeblich aus Altbeständen stammt. So wird illegales Elfenbein von gewilderten Elefanten eingeschleust, zumal eine exakte Altersbestimmung fast unmöglich ist. Dies wäre wieder ein-

mal ein EU-Gesetz, das nichts bewirkt!


Sogar die Regierung Chinas hat die EU direkt aufgefordert, sofortige Massnahmen für ein effektives Verbot des Elfenbeinhandels zu ergreifen!

Ein solches Verbot für alle EU-Staaten ist dringend nötig, da die Schlupflöcher für den Schwarzmarkt zu gross sind. Frankreich hat bereits 2016 ein Elfenbeinhandelsverbot erlassen und in der Schweiz ist die Einfuhr dieses Werkstoffes schon länger nicht mehr erlaubt.

*Margrit Neukomm,
Zentralvizepräsidentin, Bern*

Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen


 **SD Schweiz: Ordentliche Mitgliederversammlung (Herbst-Versammlung),** Samstag, 25. November 2017, 10.30 Uhr, Restaurant «Dieter», Alte Gasse 1, 5034 Suhr. **Im Anschluss an die Versammlung, um 14.30 Uhr, findet ein Vortrag über die Vollgeld-Initiative statt.**

 **SD Stadt Bern: Höck** (Bei Vorstandssitzungen sind Gäste stets eingeladen!) im Restaurant «Jäger», Murten-

strasse 221, Bern-Bethlehem. Postauto Nr. 101, Haltestelle Untermattweg (von dort ca. 1 Minute zu Fuss). Oder Tram Nr. 8 Richtung Brünnen-Westside, Haltestelle Säge (von dort etwa 5 Minuten zu Fuss). Jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Infos über Tel. 031 974 20 10.

Berner Oberland: Höck im Hotel «Milan» in Ringgenberg. Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Tel. 033 822 68 62.

 **Bezirk Baden und Umgebung: Stamm** im Hotel «Winkelried», Landstr. 36, Wettingen. Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Tel. 056 222 68 72.

 **Luzern-Innerschweiz: Höck** im Bistro «Spatz», Obergrundstrasse 103, Luzern. Jeweils am letzten Mittwoch im Monat ab 20 Uhr (ausser im August und Dezember). Es ist immer jemand da! Bus-Nr. 1, 11, 20 ab

Luzern Bahnhof bis Haltestelle Eichhof. Infos über Tel. 076 416 17 00.

 **Kantonalsektion St. Gallen: Stamm** am Mittwoch, 6. Dezember 2017, ab 19.30 Uhr im Restaurant «Hirschen», Rorschacherstr. 109, St. Gallen. Weitere Infos über Tel. 079 639 06 07, abends.

Wil und Umgebung: Stamm am Mittwoch, 13. Dezember 2017, ab 19.30 Uhr im Restaurant «Fass», Hubstrasse 27, Wil. Weitere Infos über Tel. 079 639 06 07, abends.

Altersarmut und herzlose bürgerliche Politik

Eine 82-jährige Dame lebt in der Schweiz und ist arm; ihre AHV-Rente reicht nicht zum Überleben; es ist kein Vermögen vorhanden. Deswegen erhält sie Ergänzungsleistungen. Sie wohnt im Kanton Bern, der einen Steuererlass für finanziell schwache Leute vorsieht. Somit kann die Dame jahrelang überleben, jedoch mit erheblichen Einschränkungen; Fleisch oder Kleider kann sie sich nicht leisten. **Nach Jahren geschieht jedoch etwas Unfassbares: Die Steuerverwaltung des Kantons Bern verfügt, dass die Dame neu über 3'000 Franken Steuern berappen muss.** Sie fragt sich, wie sie das tun soll; solche Summen besitzt sie schlicht nicht. Nun droht ihr eine Betreuung; zum ersten Mal in ihrem Leben. Ist ein solcher Fall überhaupt möglich, im angeblich reichsten Land der Welt? Die Politiker betonen immer wieder, wie gut es uns allen doch geht. Sowa kann sich doch gar nicht ereignen. **Warum sollte dann die Dame überhaupt Ergänzungsleistungen erhalten? Die Angelegenheit erscheint äusserst paradox, zumal Sie das Geld der öffentlichen Hand wieder zurückgeben muss.**

In der Schweiz bezieht jeder achte AHV-Bezüger Ergänzungsleistungen, weil er sonst unter dem Existenzminimum leben müsste. Altersarmut ist in unserem Land leider eine Tatsache, was eine ungeheuerliche Ungerechtigkeit darstellt.

Wer ein Leben lang arbeitet, soll seinen Lebensabend gefälligst in Würde verbringen können und sich auch einmal etwas Teures leisten dürfen. Diese Forderung steht schon seit Jahren im Raum; jedoch wird sie von der Politik schändlich vernachlässigt.



Altersarmut ist auch in der Schweiz eine Realität und wird von der Politik ignoriert.

Politik für Bessergestellte

Heute gibt man dem Reichen, den Armen wird genommen. Die Politik sollte sich vermehrt um den Arbeiter kümmern. Leider gibt es in der Politik keine echte «Büezerpartei» mehr. **Die konsequenteste «Büezerpartei» sind die Schweizer Demokraten (SD), welche keine Vertretung mehr in Bundesbern haben.**

Lieber wählt man bürgerliche Parteien, die unfähig sind, die Probleme des kleinen Mannes beziehungsweise der kleinen Frau zu lösen.

Die SVP schiebt alles den Ausländern in die Schuhe und betreibt letztlich nur eine wirtschaftsliberale Politik; die FDP ist ohnehin «die Partei der Reichen» schlechthin; die CVP ist ein unberechenbares «Windrad»; die BDP ist die

«nette» SVP und die Grünliberalen stellen die umweltfreundliche FDP dar. Im Kanton Bern sind Linksparteien in der Minderheit, genauso in Bundesbern. Man weiss, dass bürgerliche Parteien die Reichen reicher und die Armen immer ärmer machen wollen; die SVP macht das am cleversten, zumal sie dann immer den Ausländern die Schuld dafür gibt.

Dabei ist es die SVP selber, die mithilft, den Arbeiter zu verraten. Die Volkspartei strebt seit jeher einen Sozialabbau an. Das Meisterstück war die Unternehmenssteuerreform III, welche glücklicherweise von den Stimmbürgern verworfen wurde.

Ich bin davon überzeugt, dass die gesamte Bevölkerung höhere Steuern hätte bezahlen müssen,

wäre dieser Unsinn durchgekommen. Leider ist die Politik im Kanton Bern drauf und dran, Gewinnsteuern für Unternehmen zu senken; im Kanton Luzern ist dies bereits geschehen, mit verheerenden Auswirkungen.

Auf dem Buckel der Ärmsten

Die Politik tritt zu stark als Bittsteller der Wirtschaft, der Unternehmer, auf. Exemplarisch dafür ist die Geschichte mit der alten Dame und der bevorstehenden Gewinnsteuersenkung im Kanton Bern. Es bleibt zu hoffen, dass die Linksparteien im Parlament dagegen ankämpfen werden. **Sie sind zwar keineswegs ausländerkritisch wie die SD, aber wenigstens sozial orientiert. Hoffentlich werden sie sich auch gegen Altersarmut wehren und dafür sorgen, dass man die Steuerpraxis im Kanton Bern wieder ändert.** Das Geld ist ja vorhanden. Es stellt sich lediglich die Frage, wofür es eingesetzt wird. Für die Armen oder die Reichen? Wenn wir nicht auf den Raubtier-Kapitalismus aufmerksam machen und zusammen mit den Linksparteien dagegen ankämpfen, werden wir dies in Zukunft bitter bereuen.

Die Altersarmut muss endlich bekämpft werden. Wir Schweizer Demokraten setzen uns ein für gute und sichere Renten sowie soziale Lösungen.

Im Gegensatz zur SVP haben wir uns den «Büezern» und Armen verpflichtet, nicht etwa den Reichen, Investoren und Kapitalgebern. Wir kämpfen für eine sozial-konservative Schweiz.

**Jungaktivist der SD Kanton Bern*

**Name der Redaktion bekannt*

Die Hausierer sind unterwegs

Wie war doch früher jeder Schweizer stolz auf seinen Pass, beispielsweise bei Reisen im Ausland. Er sorgte oft für Sympathie und Glaubwürdigkeit einer Person. Wer ihn erwerben wollte, hatte einiges zu bestehen und zu beweisen, musste ausserdem seinen ursprünglichen Pass abgeben. Man sollte überzeugter Schweizer sein. In den 90er-Jahren wurden Erleichterungen beschlossen, insbesondere durfte der

alte Heimatpass behalten werden. Daraufhin haben sich Hunderttausende einbürgern lassen, blieben somit verankert in ihren Ursprungsländern und geniessen gleichzeitig alle Rechte als Schweizer, das heisst Bürger zu je 50%. Die Einbürgerungspraxis ist doch ziemlich grosszügig geworden, also wird sie auf nächstes Jahr etwas verschärft. Und was passiert? Unser Pass verkommt zur Massenware.

Mit Schreiben und Telefonaten werden Ausländer mit genügend langem Aufenthalt vor der Verschärfung gewarnt und deshalb herzlich eingeladen, sich gleich um den Schweizerpass zu bewerben.

Das sei wichtig und erwünscht, lassen die Linken und Linksbürgerlichen verlauten. Die Zürcher SP-

Stadtpräsidentin Corine Mauch verzuckert: «Mit einem Schweizerpass können Sie über die Zukunft unseres Landes mitbestimmen!» Und wer ist das Volk, das früher bei Einbürgerungen noch mitbestimmen durfte?

*Roland Uhler,
e. Gemeinderat,
Präsident SD Kanton St. Gallen,
St. Gallen*

Étrangers et pollution

On le sait: toute personne pollue, à un degré ou à un autre, aussi attentive à l'environnement soit-elle. Toutes choses égales par ailleurs, une augmentation de la population ne peut donc qu'entraîner des atteintes supplémentaires à l'environnement, plus ou moins graves. **Mais justement, les étrangers habitant de notre pays sont-ils aussi respectueux de l'environnement que nous?** Tel est probablement le cas des immigrants venus d'Europe du Nord. Qu'en est-il en revanche des méridionaux, en particulier des Balkaniques? Un récent cas vaudois illustre cette problématique.

Le 10 octobre 2017, les pompiers ont été avertis de la présence d'une pollution importante dans la rivière de la Mèbre, à Chavannes-près-Renens (banlieue Ouest de Lausanne). Grâce à un barrage préventif à l'embouchure de la Chamberonne, **la pollution a heureusement pu être contenue à la rivière avant d'atteindre le Léman.**

L'origine de la pollution a été localisée dans une surface industrielle en sous-sol d'un garage à Chavannes-près-Renens. Ce local était utilisé par un garagiste indépendant, un Kosovois de 32 ans en situation irrégulière en Suisse.

Cet individu devait quitter les lieux (à défaut d'avoir été préalablement tenu de quitter notre pays) à la demande du gérant du site. Pressé de débarrasser son matériel, **il a déversé plusieurs dizaines de litres d'huiles de vidange dans un regard qui donnait directement sur une canalisation d'eau claire se jetant dans la Mèbre.**

Entendu par la police, il a reconnu les faits. **Il fait désormais l'objet d'une enquête pour infraction à la Loi fédérale sur la protection des eaux et infractions à la Loi fédérale sur les étrangers.** L'enquête a nécessité l'intervention des spécialistes de la brigade du Lac de la Gendarmerie vaudoise avec la collabo-



ration étroite d'un enquêteur de la Direction générale de l'environnement de l'administration cantonale. **Les canalisations et collecteurs ont dû être nettoyés pour éliminer toute source de pollution.** Ces travaux se sont terminés le 16 octobre 2017 au matin (communiqué de la police cantonale du 18 octobre 2017). Voici pour les faits.

Qui paiera cela? L'individu est-il libre? Autant de questions qui restent pour l'heure sans réponses des autorités. Puisque le communiqué officiel ne mentionne aucune arrestation pour détention provisoire.

Pas plus qu'il n'évoque les coûts prévisibles de l'intervention d'urgence pratiquée – heureusement avec rapidité et compétence, durant pas moins de six jours – pour préserver la qualité des eaux autant que faire se pouvait.

Déverser plusieurs dizaines de litres d'huiles de vidange dans une

canalisation d'eau claire dans un pays où l'on séjourne illégalement témoigne d'un mépris peu commun non seulement pour les lois, mais aussi pour l'environnement, ainsi que pour les habitants, la santé publique, la faune, la flore et les paysages de la Suisse. **Ces actes dénotent une mentalité purement égoïste, à la fois parasitaire et prédatrice.** Il s'agit d'une atteinte *déli-*
bérée à la vie elle-même, contrairement à certaines pollutions d'origine agricole, dues par exemple à un débordement inopiné de fosse.

Des rumeurs circulent de longue date en Pays de Vaud quant à des violations de normes environnementales perpétrées par des garagistes et carrossiers étrangers, d'origine balkanique en particulier.

Cette fois, un cas est apparu sur la place publique. Ce n'est évidemment que la partie émergée de l'iceberg.

Un Suisse aurait-il agit de la sorte? Cet événement particulièrement grave révèle concrètement que l'attitude à l'égard de l'environnement diffère selon la nationalité et l'origine des personnes. **D'une manière générale, les étrangers, méridionaux en particulier, sont moins enclins que les Suisses d'origine à respecter la nature et le cadre de vie, à plus forte raison lorsqu'il s'agit d'un pays qui n'est pas le leur.** Car il ne s'agit pas que des huiles de vidange.

En effet, nous avons toutes et tous constaté l'existence de dépôts illégaux de déchets dans nos forêts. Les risques de pollution de la nappe phréatique sont évidents, sans parler de l'effet esthétique désastreux sur notre environnement.

De tels actes ne sont évidemment pas le fait de nos compatriotes. Leurs auteurs se fichent de notre pays. Ce d'autant que ces dépôts sauvages d'ordures permettent à ces malpropres d'éviter la taxe au sac, pratiquée par la grande majorité des communes vaudoises depuis 2013. **Cette problématique nous ramène à la responsabilité irréductible de tout un chacun à l'égard de notre environnement.**

Elle montre que la question de l'emprise étrangère ne se limite pas à un seul aspect, qui serait le nombre d'individus. Des facteurs de type culturel doivent aussi et surtout être pris en compte.

Si cela est techniquement possible, il serait intéressant d'établir des statistiques sur un indicateur environnemental quantifiable (p. ex. le taux de récupération des déchets ménagers recyclables), par régions, en fonction du taux de population étrangère.

Pour enfin y voir plus clair, chiffres à l'appui. A suivre.

DS Vaud

**Assemblée ordinaire des membres des DS Suisse (Assemblée d'automne)
Samedi 25 novembre 2017, de 10h30 à 15h30, Restaurant «Dietiker», Alte Gasse 1, 5034 Suhr
Lors de cette assemblée, tous les membres des DS auront le droit de voter.**

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach
3001 Bern

Redaktoren:
Adrian Pulver,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)
Rudolf Keller, e. Nationalrat/
e. Landrat, Frenkendorf
Dr. D. J. Najman, e. Grossrat, Baden
Valentin J. Oehen, e. Nationalrat,
Nottwil
Margrit Neukomm, Bern

**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich
pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der
Schweizer Demokraten (SD)
werden!
 Nur Zeitungsabonnement
 Nur Adressänderung
 Ex. SD-Zeitungen zum
Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Wieder schlägt die Globalisierung zu

Anfang November gab die Solarfirma Meyer Burger mit Sitz in Thun bekannt, dass sie ihre Produktion nach China verlagern will. Dies ist ein schwerer Schlag für die Berner Wirtschaft. **Der Konzernchef Hans Brändle begründete seinen Entschluss damit, dass die hiesige Produktion um 60% teurer zu stehen komme als in China.** Auch stammen 85% der Kunden aus China und der Materialeinkauf sei dort viel günstiger. **Während der letzten Jahre sind immer mehr chinesische Konkurrenzunternehmen für die Solarbranche entstanden, die viel billiger produzieren können, dank der tiefen Löhne in China. Der Konzern Meyer Burger ist der fünftgrösste Arbeitgeber in der Region Thun.** Die Verluste von Meyer Burger betragen bereits mehr als 670 Millionen Franken und schon im Jahr 2016 wurden deshalb 250 Stellen gestrichen, ein Drittel davon in Thun. Es gab kürzlich einen grossen Auftrag für die Solarfirma in der Höhe von über 40 Millionen, doch da ging es um Zellbeschichtungsanlagen, die jedoch nicht in Thun, sondern im deutschen Chemnitz hergestellt werden. Diese Produktionsstätte wird beibehalten, während im niederländischen Eindhoven auch ein Stellenabbau geplant ist.

In Thun werden Diamantdrahtsägen produziert, zum Schneiden der Siliziumscheiben, die für Solarzellen benötigt werden, was nicht mehr rentabel sei.

Unsichere Zukunft

Nun sollen 180 Stellen, 40 temporäre Angestellte und 26 Lernende, insgesamt 246 Menschen, ihren Arbeitsplatz in Thun verlieren. Zwar werden die Forschung und Entwicklung sowie das Marketing und die Verwaltung in Thun bleiben, mit 140 Stellen. Ob dies längerfristig Bestand hat, ist aber nicht sicher. **Die meisten Angestellten der Produktionsstätte Thun haben die schockierende Nachricht erst über die Medien erfahren.** Die Kündigungen werden im Februar an die Betroffenen versendet. **Die Gewerkschaft Unia kritisierte den Entscheid der Firmenleitung heftig und forderte eine Task Force.**

Die Verlagerung der Produktion des Solarkonzerns Meyer Burger ist ein alarmierendes Zeichen für den Werkplatz Schweiz. Immer mehr Industriekonzerne verlegen ihre Standorte aus Kostengründen in Billigländer, am beliebtesten ist China.

Weitere Schweizer Firmen werden folgen und somit zusätzliche Arbeitsstellen abgebaut. Dies wird schwerwiegende Folgen für unser Land haben! Arbeitsplätze werden immer rarer und das Heer der Arbeitslosen vergrössert sich. Die Sozialkosten werden erneut ansteigen! **Deshalb sollte der Inländervorrang unbedingt durchgesetzt werden!**

Schweizer müssten bevorzugt angestellt werden und nicht Bewerber aus der EU, die über den freien Personenverkehr zu uns kommen möchten.

Eine neue Volksinitiative namens «ZAFI – Zuerst Arbeit für Inländer» will an diesem Punkt ansetzen und die Regelung des Inländervorrangs verschärfen. Dabei handelt es sich indirekt auch um eine striktere Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative.

Margrit Neukomm,
Zentralvizepräsidentin, Bern

Ersatzwahl für St. Galler Stadtrat: SD stellen Kandidaten

Die Schweizer Demokraten (SD) stellen für den zweiten Wahlgang der Stadtratsersatzwahl mit dem 51-jährigen Bäcker Roland Uhler einen eigenen Kandidaten. Der Präsident der St. Galler Kantonal-

sektion buhlt am 26. November 2017 um den Stadtratsitz des verstorbenen CVP-Vertreters Nino Cozzio.

SD Kanton St. Gallen

Neues Angebot: Elektronisches Zeitungsabonnement

Die Parteileitung beabsichtigt, eine neue Variante für das Jahresabonnement des «Schweizer Demokrat» einzuführen. Hierbei handelt es sich um ein sogenanntes elektronisches Abonnement. Sie könnten die neuste Zeitungsausgabe jeweils mithilfe eines persönlichen Passwortes direkt auf der Homepage www.schweizer-demokraten.ch abrufen und anschauen. Stattdessen würden Sie jedoch auf ein gedrucktes Papierexemplar verzichten. Auch ältere Ausgaben wären jederzeit verfügbar. Der Jahrespreis beläuft sich auf Fr. 30.– statt Fr. 45.–. Melden Sie sich doch bei vorhandenem Interesse unter der Telefonnummer 031 974 20 10 oder per E-Mail an schweizer-demokraten@bluewin.ch (Zentralsekretariat). Das Angebot gilt ab 2018 und wird nur bei genügend Anmeldungen realisiert.

Ihre SD-Parteileitung

Ordentliche Mitgliederversammlung (Herbst-Versammlung) der SD Schweiz

Samstag, 25. November 2017,
um 10.30 Uhr

Anschliessend um 14.30 Uhr
Referat über die Vollgeld-
Initiative von Martin Alder,
Mitglied des Vorstandes und des
Kampagnenteams der Vollgeld-
Initiative

Restaurant «Dietiker»
Alte Gasse 1
5034 Suhr

Alle SD-Mitglieder sind
stimmberechtigt.